Morgen-Ausgabe

Preis 30 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Mittwoch eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht“, „Kraft und Stoff“, „Der Weltverkehr“, „Frau und Welt“, „Lehren und Lernen“, „Reisen und Wandern“. Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88.

Sonnabend, 14. Mai 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12,—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5980-88.

Nr. 222
A 37

Tages-Spiegel.

Lloyd George erklärte im Unterhause, es wäre entehrend für jedes Volk, die polnische Willkür in Oberschlesien zuzulassen und den Deutschen die Selbstverteidigung nicht zu gestatten.

*

Der Ministerrat hat den bisherigen Pariser Polizeipräfekten Naux zum bevollmächtigten Minister ernannt mit der besonderen Mission, Frankreich in der Interalliierten Kommission für die besetzten Gebiete zu vertreten.

*

Der „Temps“ hofft, daß Sir John Bradbury, dessen Rücktrittsgesuch von der englischen Regierung nicht angenommen worden sei, nächste Woche seinen Platz in der Reparationskommission wieder einnehmen werde.

Zur Heilung der Kapitalflucht.

Von einem süddeutschen Professor wird uns geschrieben:

Im Ruhrrevier ging neulich ein Wort durch die Massen: „Pflichterfüllung, eiserne Pflichterfüllung bis zum äußersten, mehr noch: voraussetzungslose Pflichterfüllung, nicht abhängig von Preisabbau und Lohnerhöhung, nicht abhängig von einem Pfund Speck mehr oder weniger.“ Gewiß ein Symptom, daß sich seit November 1918 einiges im deutschen Volke geändert hat. Es war ein lautes öffentliches Wort. Eine andere naturgemäß leise und verborgene, aber ebenso tatsächliche Bewegung ist ein ebenso gutes Symptom der Wiedergesundung in unserer Nation: der Wunsch vieler Kapitalflüchtigen, ihr Vermögen dem Vaterlande zurückzugeben.

In den Kreisen der Landräte, Bankbeamten, Rechtsanwälte, besonders auch der Geistlichen jeder öffentlichen, auch der israelitischen Konfession, weiß man darum. Ein Rabbiner beklagt, welche Gewissens- und Familiennot sich mehr und mehr aus der Kapitalflucht entwickle. Im evangelischen Großteil des deutschen Volkes hat sich eine religiöse Neuorientierung und Vertiefung, vornehmlich in der Form religiöser Verselbständigung, durchgesetzt. Wo dies verschärfte Licht religiöser Pflicht und Ehre aufglänzte, fiel es auch in das Dunkel, worin die Kapitalflucht sich verborgen halten muß, und entzündete ein loderndes Feuer von Gedanken und Wünschen, dem Volke, dem Staate, der Familie, sich selbst wieder gerecht zu werden. In solchen Bestrebungen lebt nicht selten so viel Reinheit und Ernst, daß sie sich rückhaltlos an politische Führer und Vertrauensleute wenden mit der Forderung, dahin zu wirken, daß noch vor der kommenden gesetzlichen Amnestie für die reuigen Kapitalflüchtigen, also sofort jetzt schon, auf dem Verwaltungswege den dringendsten Fällen abgeholfen werden könne.

In den katholischen Gegenden finden, etwa seit anderthalb Jahren, Volksmissionen systematisch mit dem Erfolge statt, daß die Finanzämter manche willkommene Arbeit mit gebesserten Steuererklärungen und Rückerstattung von Staatsgut bekamen. Diese Missionen greifen sehr tief in das persönliche und Familienleben der Teilnehmer ein. Sie drängen bei denen, die sich religiös und politisch wiederfinden, das geflüchtete Kapital, weil am meisten gefährdet und gefahrbringend, mit großer Macht zum Staate zurück. Aber auch der gewiegteste Missionar, der um Rat und Hilfe angegangen wird, sieht sich hier vor eine sehr schwierige, zurzeit oft fast unlösbare Aufgabe gestellt.

Die Schwierigkeit, das geflüchtete Kapital zurückzubringen, ohne daß die Betreffenden sich persönlich und sachlich dem schwersten Risiko aussetzen, ist auch in staatlichem Betracht ein wahres Unglück, das nach Heilung ruft. Das Ansehen des Staates leidet im In- und Auslande unter dem Fortbestehen der Kapitalflucht, ein sehr erheblicher Teil des Nationalvermögens ist der Steuer und dem Dienste des Staates entzogen, und die Kapitalflüchtigen selbst finden sich verdammt, kranke Glieder am Leibe des Volkes zu bleiben. Es entspricht den besten Grundsätzen und Gepflogenheiten deutscher Staatsauffassung und Verwaltung, mit der Strenge gegen verstockte Steuersünder werktätige Milde für solche zu verknüpfen, die in Reue dem Staate wiedergeben wollen, was des Staates ist, dabei aber erfahren müssen, daß ihre Belehrung sie selbst beinahe unerträglich straft und belastet.

Die Kapitalflucht 1918/19 war nicht selten ausgesprochene Gemeinheit, naturwidrige und staatsfeindliche Selbstsucht. Aber manche haben aus Beweggründen und unter Umständen gehandelt, die eines gewissen sittlichen und sozialen Einschlages nicht entbehren und eine wohlwollende Würdigung nahelegen. Es sind solche, für die der verlorene Krieg und der plötzliche Umsturz zu etwas derart Unglaubhaftem und Unübersehbarem wurden, daß ihnen nun alles verschlungen zu werden und unterzugehen schien. Unter dieser Kategorie gibt es in der Tat Kapitalflüchtige, die sich vom ethischen und politischen Standpunkt aus für berechtigt oder gar für verpflichtet erachteten, ihr Kapital für ihre Familie, für die staatliche Gemeinschaft aus der wogenden See revolutionärer Fraglichkeit und feindlichen Zugriffs auf die Insel des neutralen Auslandes zu retten, mit der bestimmten Absicht, den Betrag so bald als möglich bei eintretender Ruhe und Ordnung der Heimat zurückzubringen. Auf dem Wege solcher Ueberlegungen mag Kapital sogar nur zu dem Zwecke fortgegangen sein, um für gemeinnützige Stiftungen, zu deren Gunsten man lange gespart hatte, gesichert und bei nächster Gelegenheit zurückgeholt zu werden.

Bei anderen, die durch die Krisen des vierjährigen Weltkrieges und dann der Revolution psychophysisch ins Schwanken geraten waren, lagerte der Gedanke der Flüchtung so locker im Randbewußtsein, daß irgendein Anstoß von außen, das Wort eines Pessimisten, der Rat eines Verführers, das Beispiel eines Dritten alle Hemmungsvorstellungen glatt wegrasierte, und wie in einem Nu der Unzurechnungsfähigkeit geschah infolgedessen die Tat. Auch positive Einwirkungen von Schurken, Betrügern und Hochstaplern, die ihre Geschäfte dabei machen oder überhaupt das Vermögen erpresserisch an sich reißen wollten, sollen zwischendurch vorgekommen sein. Geschäfts- und sonstige Freunde, Leute, die im Ausland Wohnsitz oder Beziehungen hatten, schlugen gern und schnell Brücken, deren Gefährlichkeit von beiden Seiten oder von einer der Parteien erst gesehen wurde, als es zu spät war.

Von Psychiatern sind manche Fälle von Kapitalflucht auf Beeinträchtigungs-, selbst auf Wahnideen zurückgeführt. Die durch das allgemeine Elend gesteigerte Gefühlsintensität von Angst, Schrecken, Sorge, Verzweiflung rief Trübung des Bewußtseinsinhaltes und zwangsläufiges Handeln hervor. Man erblickte im ersten Geschehen des Zusammenbruches und Umsturzes geradezu die eigene Vernichtung. Kummer, Gram, Zorn, Wut, Verachtung, all dies von ungewöhnlicher Art und Kraft, bedingten dann leicht genug eine Seelenlähmung, eine fixe Idee, und engten die Seelenvorgänge auf den scheinbar einzigen Ausweg ein. Die Flüchtung wurde damit weniger Willens- als Triebhandlung. Der Motivenkampf, der Prozeß des Gegeneinanderabwägens der Beweggründe, das Wählen war ausgeschaltet, die Entscheidung fiel ohne genügende Analyse der Werte der verschiedenen Möglichkeiten. Das Zwangsmäßige der Flüchtung verrät sich in ihrem plötzlichen Hervorbrechen, in ihrem rapiden Vollzug, gegenüber der wahren Ueberzeugung, die bestehen blieb. Solchen Psychasthenischen fehlte das wertvolle Standhalten gegenüber dem Druck der Umsturzpanik und der Umgebung. Bei ihrer enormen Suggestibilität genügte eine Zeitungsnotiz, der Wink eines Hinterlistigen, um sie blind ins Verderben rennen zu lassen. Aber auch aus Neurasthenie ist der Schritt über die Grenzen erfolgt. Hatte doch beim Ende des Krieges und zu Beginn der Revolution namentlich Erwartungsneurose nicht wenige befallen. Der krankhaft gewordene Erwartungseffekt und die Funktionsangst reizten zum Durchhauen des gordischen Knotens; die Flüchtung schien rasch und sicher einen ruhigen, beharrlichen Zustand zu verbürgen.

Der deutsche Staat in seiner jetzigen schwerkritischen Lage hat den besonderen Beruf, eine tröstende, aufmunternde, zu Treue und Arbeit helfende Kraft zu sein. Auch der Staat hat ein Evangelium zu verkünden: alle seine Angehörigen sollen werden aufrichtige Teilhaber aller seiner Güter und Lasten. Er sieht in seinen Bürgern nicht bloße Atome — die minderwertigen werden abgeschüttelt, fliegen hinaus ins Leere —, sondern Glieder eines Organismus, der alle an sich zieht, in alle denselben Lebensstrom der Pflichten und Rechte, des Glückes und des Leides sendet und durch machtvolle Interessenverschränkung alle zu einem Leibe aufbaut. Der Staatsbürger, welcher dem Staate geflüchtetes Vermögen zurückliefern will, sobald sich ihm eine erträgliche Möglichkeit dazu auftut, ist ein Feind des staatsfeindlichen Egoismus, ein Freund des Werte- und Arbeitsaltruismus, durch den allein der Staat von innen her zum Organismus wird. Ueber einen solchen wäre, etwa mit Fichte gesprochen, im Himmel des Staates, in seinem Idealempyreum, mehr Freude als über neunundneunzig murrende, stumpfe Steuergerechte.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Völkerbund und Saarmandat.

Drahtmeldung.

Bern, 13. Mai. (W. T. B.)

Die deutsche Regierung hat bekanntlich in Sachen des Saargebiets beim Völkerbundsrate über die Einführung der Frankenwährung, über die Ausweisung von Ansässigen und namentlich gegen die Besetzung des Saargebiets durch französische Truppen Beschwerde geführt. Ein Leitartikel des „Berner Bundes“ weist heute darauf hin, daß diese Streitfragen auch die Schweiz rechtlich interessieren, weil es sich bei der Verwaltung des Saargebiets um ein Mandat des Völkerbundes handele, für das auch die Schweiz mitverantwortlich sei. Der Aufsatz weist nach, daß das von der deutschen Regierung beanstandete Vorgehen der Regierungskommission des Saargebiets mit dem Wortlaut des Vertrages von Versailles nicht vereinbar ist, und verlangt, daß die Gleichheit zwischen den beiden Ländern, die die Anwartschaft auf das Saargebiet haben, gewahrt werde, wenn nicht die ganze Mission des **Völkerbundes zur Komödie werden solle, wie das schon bei Eupen und Malmedy der Fall war.**

Die Aufgabe des Völkerbundes sei doch nicht, eine unparteiische Regierung im Saargebiet einzusetzen, um den Franzosen zu gestatten, während fünfzehn Jahren französische Gesinnung zu züchten. Sicher sei die Zuziehung französischer Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet dazu geschehen, die eingesessene Bevölkerung dem einseitigen Einfluß Frankreichs auszusetzen und die entscheidende Abstimmung im voraus zu seinen Gunsten zu entscheiden; damit werde der Grundgedanke, weswegen eine internationale Verwaltung unter der Aufsicht des Völkerbundes eingesetzt wurde, gefälscht und das ganze Mandat zur Farce. Der Völkerbundsrat sei berufen, über die Beschwerde Deutschlands zu entscheiden, er sei dafür zuständig, denn der Völkerbund sei der eigentliche Inhaber der Staatsgewalt im Saarbecken und ihm sei nach den eigenen Instruktionen des Rates die Regierungskommission verantwortlich. Der Völkerbundsrat könne sich also nicht unzuständig erklären und werde, was zu verlangen die Schweiz das Recht und die Pflicht habe, im Geiste wahrhafter Unabhängigkeit der Sache sich annehmen und im Geiste einer ehrlichen Politik entscheiden.

Neue Verhandlungen in der Zonenfrage?

■ **Basel**, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In der Zonenfrage ist von der französischen Regierung eine neue Note im Bundeshaus eingegangen. In dieser Note erklärt sich Frankreich bereit, neue Unterhandlungen mit der Schweiz über die Regelung der Zonenfrage anzubahnen. Aus dem Wortlaut der Note ist jedoch nicht ersichtlich, auf welcher Basis Frankreich die Verhandlungen wieder aufgenommen wissen will. Die Wiederaufnahme der Unterhandlungen soll bereits schon in kürzester Frist erfolgen.

Wie Frankreich sich beliebt macht.

Pa. Düsseldorf, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten Woche sind von den französischen Besatzungsbehörden wieder mehrere Personen ausgewiesen worden, darunter ein Regierungsassessor, ein Oberstleutnant a. D., der Rektor einer Volksschule, ein Polizeiwachtmeister, ein Buchdrucker und ein Arbeiter. Seite heute ist eine gewisse Erleichterung bei den in der ganzen Zeit durch Einquartierung Betroffenen eingetreten. Eine Reihe von der Besatzungsbehörde an die Stadt gestellten Anforderungen sind wieder rückgängig gemacht worden.

In einem Hause der Lindemannstraße war das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen worden. Der Familienvater erhielt eine Geldstrafe von 10 000 M.

Lloyd George und Oberschlesien.

„Freie Hand für Deutschland.“

Eigene Drahtmeldung.

I. N. S. **London**, 13. Mai.

Lloyd George gab heute im Unterhaus bekannt, daß sich das Kabinett entschlossen habe, den Deutschen in Schlesien freie Hand zu geben. Er sagte wörtlich: „Es besteht kein Grund dafür, daß die Alliierten sich widersetzen sollten, Deutschland zu gestatten, in seiner eigenen Provinz durch die Einsetzung von deutschen Streitkräften die Ordnung wiederherzustellen.

London, 13. Mai. (W. T. B.) Lloyd George erklärte im Unterhause, die Alliierten müßten darauf bestehen, daß der Friedensvertrag respektiert werde. Er erklärte weiter: Zu behaupten, daß solche Truppen, wie sie Deutschland hat, zur Teilnahme an der Wiederherstellung der Ordnung nicht zugelassen werden dürften, ist unfair. (Beifall.) **Fair play ist es, wofür England eintritt und ich hoffe, daß England dafür bis zum Ende eintreten wird. Ich hoffe auch, daß, obwohl es sich um Deutsche handelt, wir immer mehr zeigen werden, daß wir für fair play eintreten und daß wir unsere Autorität in Europa in immer steigendem Maße dafür einsetzen werden. Daß den Polen gestattet sein soll, in Verachtung des Friedensvertrages Oberschlesien wegzunehmen, und daß es Euch nicht gestattet sein soll, Euch in einer Provinz zu verteidigen, die Euch 200 Jahre gehört hat und die 600 Jahre lang gewiß nicht polnisch war, wäre entehrend und unwert der Ehre jedes Landes. Lloyd George ist völlig gewiß, daß die Haltung der Alliierten nicht derartig sein werde. Das einzige, was er im Namen der Regierung zu sagen wünsche, sei, daß, was auch immer sich ereignen möge, sie ein fait accompli nicht anerkennen könnte.** (Beifall.)

Lloyd George fuhrt fort, er glaube es sei richtig, ganz offen zu sprechen, denn wenn solche Dinge sich ereigneten und man von ihnen nicht Notiz nehme und sich mit ihnen nicht befasse mit dem festen Gerechtigkeitssinn, der die Haltung Englands bei jedem Vorgehen in auswärtigen Dingen kennzeichne, so wäre das verhängnisvoll für den europäischen Frieden. Wenn der Frieden gestört werde, so vermöge er nicht vorauszusehen, was mit Europa geschehen werde. Er sei in Unruhe, ja in Schrecken versetzt bei dem Gedanken, daß, wenn der Welt das Vertrauen nicht wiedergegeben werde, daraus die furchtbarsten Folgen erwachsen könnten, sei doch die ganze industrielle Welt so sehr auf Kredit und Vertrauen aufgebaut, daß, wenn diese einmal erschüttert würden, er nicht zu sehen vermöchte, wie die Welt wieder aufgebaut werden könnte. Es sei daher im Interesse der Nation von größter Wichtigkeit, ohne Rücksicht auf Abneigung und Vorliebe, gleichgültig ob man diesen Mann liebe oder einen anderen nicht liebe, anzuerkennen, daß Gerechtigkeit mit Zuneigung oder Abneigung nichts zu tun habe.

England müsse ehrenhaft und fest entscheiden in Uebereinstimmung mit dem Vertrage, den es selbst unterzeichnet habe. Der Friedensvertrag sei die Urkunde der Freiheit Polens, die auf ihm beruhe. Das letzte Land in Europa, das ein Recht habe, sich über den Friedensvertrag zu beschweren, sei Polen, denn Polen habe den Vertrag von Versailles nicht gewinnen helfen. Durch ein grausames Geschick sei Polen während des Krieges gespalten gewesen. Eine Hälfte seiner Söhne sei auf seiten der Alliierten gewesen, die andere habe gegen sie gestanden.

Bezüglich der Haltung, die die polnische Regierung gegenüber den Vorgängen in Oberschlesien einnehme, führte Lloyd George weiter aus, die polnische Regierung habe die Verantwortung abgelehnt und er sei genötigt gewesen, diese Erklärung als Ausdruck ihrer wahren Meinung anzusehen; aber eine solche Erklärung sei einmal zu viel ergangen.

Lloyd George erinnerte an die Regelung der litauischen Frage, bei der die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und England beteiligt waren. Wilna sei von regulären polnischen Truppen besetzt worden, was eine Herausforderung der Alliierten gewesen sei. Polen sei ersucht worden, die Truppen zurückzuziehen, habe jedoch die Verantwortung für die Besetzung abgelehnt. Dasselbe habe sich jetzt ereignet, dieselbe Ablehnung der Verantwortung.

Die Tatsache, daß Waffen von Polen her eingeführt wurden, daß Offiziere die Grenze überschritten, mache es sehr schwer, sich dem Gefühl zu verschließen, daß die Ablehnung der Verantwortung nicht anders als bloß im Wortsinn zu deuten sei. Als d'Annunzio in Herausforderung der italienischen Regierung Fiume wegnahm, fühlte die italienische Nation, daß ihre Ehre im Spiele war und d'Annunzio und seine Leute waren aus Fiume hinaus. Die Italiener schritten sogar zu bewaffnetem Eingreifen, denn sie fühlten, daß die Ehre einer großen Nation in die Angelegenheit verwickelt war. Er halte Polen dieses schöne Beispiel vor. Das höchste Interesse der Alliierten gehe dahin, den Vertrag von Versailles innezuhalten. Gegenwärtig hätten sie die Uebermacht auf ihrer Seite und Deutschland habe sich unterworfen. Die Zukunft sei dunkel und ungewiß.

Sapiehas Stellung erschüttert?

Warschau, 13. Mai. (T. U.) In der heutigen Nachmittagssitzung der Sejm-Kommission für auswärtige Angelegenheiten werden, wie der „Przeglond Wieczorny“ meldet, die Vertreter nahezu aller Parteien ausdrücklich erklären, daß sie kein Vertrauen in die Art und Weise haben, in der Fürst Sapieha die polnische Außenpolitik leite, und sie werden den Wunsch aussprechen, daß der Ministerpräsident sofort den Fürsten zur Demission bewegen möge. Die Leitung des Außenministeriums soll bis zur Rekonstruktion der jetzige Vertreter des Außenministeriums Jean Domski erhalten.

Eine Teilung Oberschlesiens?

d. **Lugano**, 13. Mai.

Ueber die Meinungsverschiedenheiten der interalliierten Kommission für Oberschlesien hinsichtlich der Aufteilung dieses Gebietes schreibt heute der „Corriere della Sera“: Während Frankreich bestrebt ist, Deutschland so viel Gebiet und so viel Produktionsquellen als möglich zu entziehen, trat der englische Vertreter im Schoß der interalliierten Kommission für die ungeteilte und völlige Zuweisung Oberschlesiens an Deutschland ein. Später habe jedoch auch England das Recht Polens auf die beiden Bezirke Pleß und Rybnik anerkannt in Anbetracht dessen, daß das polnische Element dort zwei bis dreimal stärker vertreten sei als das deutsche.

Die italienische Auffassung geht dahin, Deutschland nunmehr die Hälfte des Bezirks zuzuteilen, und zwar so, daß die wesentlich landwirtschaftlichen Bezirke zu Deutschland, die Industriegebiete indessen zu Polen kämen. Da Deutschland nun die Reparationsfrage mit der oberschlesischen Frage verbunden habe, werde Italien vorschlagen, daß für den Fall, daß die Industriegebiete Polen zugeschlagen würden, Polen auf Konto der Reparationen einen Betrag einzahle, entsprechend dem Wert, den diese Gebiete für Deutschland haben.

Eine Erklärung Dombskis.

Warschau, 13. Mai. (T. U.) In der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten gab Unterstaatssekretär Dombski nähere Erklärungen zur oberschlesischen Frage ab. Nach längerer Erörterung wurde gegen die Stimmen der Nationalen Arbeiterpartei eine Entschließung angenommen, in der behauptet wird, daß Polen auf Oberschlesien ein natürliches und normales Recht habe. Die Regierung wird aufgefordert, alle ihre Energie darauf zu richten, daß den oberschlesischen Gemeinden, die sich für Polen erklärt haben, die Vereinigung mit Polen zugesichert wird.

Wiederherstellungsausschuß und Botschafterrat.

I. **Paris**, 13. Mai.

Der Wiederherstellungsausschuß ist jetzt in die Behandlung der durch die Londoner Beschlüsse aufgeworfenen Fragen eingetreten. Gegenwärtig befassen sich die Sachverständigen des Ausschusses mit der Festsetzung der Maßnahmen zur Durchführung der Artikel 5, 6 und 7 der Zahlungsmethoden für Deutschland und der Handhabung der Kontrolle der deutschen Ausfuhr durch die alliierten Sachverständigen. Jede der im Wiederherstellungsausschuß vertretenen Delegationen, also Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien, arbeitet selbständig an einem Projekt über diese Fragen und die einzelnen Projekte werden in der offiziellen Sitzung im Laufe der nächsten Woche durchgesprochen und dann zu einem einheitlichen Plan zusammengelegt werden. Man hofft, daß der englische Delegierte Bradbury, dessen Rücktritt von der englischen Regierung nicht angenommen wurde, bis dahin seinen Platz im Ausschuß wieder eingenommen haben wird.

Was die Garantiekommission anbelangt, so wird sie ihren hauptsächlichen Sitz in Paris haben. Mehrere Nebenkommissionen sollen in Deutschland errichtet werden. Der Vorsitz der Kommission dürfte einem Franzosen, voraussichtlich dem Vorsitzenden der französischen Sachverständigendelegation bei den beiden letzten Londoner und der letzten Pariser Konferenz, Jean Tannerey, übertragen werden.

Es handelt sich bei den erwähnten Punkten um die 25% Ausfuhrabgabe, Punkt 6 die Zahlung von 1 Milliarde Goldmark in Wertpapieren oder in Wechseln auf das Schatzministerium, und Punkt 7 um die Errichtung der Garantiekommission. — Vergl. hierzu Nr. 207 des Blattes. — (D. Red.)

Bestrafung amerikanischer Getreidefirmen.

Paris, 13. Mai. (W. T. B.)

Der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ wird aus New York gekabelt, Deutschland habe beim Staatsdepartement Beschwerde gegen eine Anzahl amerikanischer Getreidehandelsfirmen wegen minderwertiger Lieferungen erhoben. Die Beschwerde sei vom Staatsdepartement an die Produktenbörse weitergegeben worden. Daraufhin hätten die Firmen Ersatz geleistet und das Staatsdepartement habe sich für befriedigt erklärt. Die Produktenbörse sei jedoch weitergegangen und habe die Ausschließung der nachstehend genannten Firmen beschlossen: Eri Company, auf eine Zeit, die im Belieben der Börsenbehörde stehe, Brainard Commission Company auf vier Jahre, Armour Grain Company auf drei Monate, Lewis Proctor Co. auf drei Monate.

Antidumpingbill auch in Amerika.

Washington, 13. Mai. (E. P.) Das amerikanische Abgeordnetenhaus hat einen Gesetzentwurf zum Schutze der einheimischen Erzeugnisse gegen Ueberschwemmungen des Marktes durch billige fremde Fabrikate angenommen und einer Revision des Zolltarifs zugestimmt.

Das Mandat über Deutsch-Neu-Guinea.

London, 13. Mai. (D. A.) Vor einigen Tagen erfolgte die offizielle Mandatsübernahme für die frühere deutsche Kolonie Neu-Guinea durch die australische Regierung. Die Einsetzung der Zivilverwaltung ist bereits erfolgt, erster Gouverneur des Mandatsgebiets ist General Wisdom. Hinsichtlich aller Fragen der Einwanderung, des Handels und der Schiffahrt untersteht die Zivilverwaltung der völligen Kontrolle der australischen Bundesregierung. Gleichzeitig mit dem Beginn der Mandatsverwaltung erfolgte die Umtaufe des Gebiets in Papua; der Hauptort Neu-Guineas, der unter deutscher Verwaltung Friedrich Wilhelmshafen hieß, erhielt seinen früheren Namen Madang wieder.

Ein Abkommen mit Korfanty oder nicht?

Der amtliche Warschauer Funkspruchdienst meldete den Abschluß eines Abkommens zwischen Korfanty und der interalliierten Kommission über eine Demarkationslinie. Die interalliierte Kommission hat diese Meldung dementiert. Ihr Vorsitzender, General Le Rond, hat sie als erlogen bezeichnet. Wir hatten betont, daß wir keinen Anlaß hätten, an diesem bündigen Dementi zu zweifeln.

Und nun erklärt das Blatt Korfantys, die „Oberschlesische Grenzzeitung“, das Dementi für falsch. Das Blatt veröffentlicht den Tagesbefehl einer polnischen Kampftruppe, in dem es heißt, daß ein französischer Oberst namens Adam, ein italienischer Oberstleutnant Pariggi, ein englischer Hauptmann Gascol und vier polnische Kommandanten die Festsetzung einer Demarkationslinie und den Abschluß eines Waffenstillstands unterzeichnet hätten; von diesem Abkommen sei dem General Le Rond und den übrigen zuständigen Stellen der interalliierten Kommission Mitteilung gemacht worden. Wie stimmt das zu dem Dementi Le Ronds? Treiben die polnischen Insurgenten die Dreistigkeit so weit, selbst die Unterschrift französischer, italienischer und englischer Militärs zu fälschen? Oder spielt General Le Rond hier tatsächlich ein unverantwortliches Doppelspiel? Wir können und wollen das letztere nicht annehmen. Wir müssen bis zum Beweis des Gegenteils an der Auffassung festhalten, daß hier ein neues, ungewöhnlich dreistes und frivoles Spiel der Polen vorliegt, das darauf hinausgeht, die deutsche Bevölkerung durch Festhalten an solchen Erfindungen auf das äußerste zu reizen und zu erregen. Trotzdem kann man sich eines Gefühls der Unsicherheit bei der Eigentümlichkeit dieser Widersprüche nicht erwehren. Zumal wenn man in Rechnung stellt, daß auch in französischen Blättern trotz des Le Rondschen Dementis an der Meldung vom Unterschreiben des Abkommens festgehalten wird. Und eigentümlich berührt der Inhalt einer offiziösen Mitteilung aus Rom, die feststellt, es bleibe nichts anderes übrig, als mit den Insurgenten zu verhandeln, um Blutvergießen zu verhindern; diese Besprechungen würden durch die französischen militärischen Autoritäten in Oberschlesien geführt werden. Tatsache ist weiter, daß eine Reihe englischer Kreiskontrolleure unter Protest ihr Amt niedergelegt haben, weil sie es mit ihrer Ehre nicht für vereinbar hielten, die französischen Verbrüderungsbestrebungen mit den Polen weiter mitzumachen. Und endlich ist der deutsche Kommissar Fürst Hatzfeldt von seinem Amte zurückgetreten, weil General Le Rond ihm Versprechungen gegeben hat, die nicht eingelöst wurden. Rechnet man das alles zusammen, zählt man hinzu, daß von irgendwelchen Maßnahmen gegen die polnischen Insurgenten bisher nicht das geringste verlautet, so müssen selbst dem Gläubigsten Zweifel aufsteigen, ob hier nicht doch mit dem Deutschtum ein unverantwortliches Spiel getrieben wird.

Worte langen nicht mehr, diesen Zweifel zu beseitigen. Setzen nicht endlich Taten der interalliierten Kommission und der hinter ihr stehenden Entente ein, so kann man es den Deutschen Oberschlesiens nicht verdenken, wenn sie sich verraten fühlen. Das Zögern der interalliierten Kommission, das Unterlassen jedes ernsthaften Einschreitens gegen die polnischen Insurgenten muß zu einer Katastrophe führen. Und es scheint, als wenn von französischer Seite den polnischen Drahtziehern jeder nur mögliche Hilfsdienst geleistet wird, diese Katastrophe zu erzwingen. Es kann den Deutschen Oberschlesiens nicht zugemutet werden, sich weiter mit Versprechungen zufrieden zu geben. Es kann von den Deutschen in dem nicht von den polnischen Insurgenten besetzten Gebiet nicht verlangt werden, daß sie dauernd zusehen, wie ihre Brüder im Aufruhrgebiet von den Polen gemartert oder gar hingeschlachtet werden. Die Erregung ist groß. Und sie wird sich steigern, wenn nicht endlich etwas geschieht, mit dem klaren Ziel, den Aufstand der Polen niederzuschlagen und wieder legale Verhältnisse zu schaffen. Die interalliierte Kommission hat die Pflicht, das zu tun. Sie trägt eine gewaltige Verantwortung, wenn sie dieser Pflicht nicht nachkommt. Eine Verantwortung, die sich erstreckt auf das, was kommen wird und kommen muß, wenn sie untätig bleibt.

K.

Das sinnwidrige Ausgleichsverfahren.

W. T. B. meldet: Dem Reichsausgleichsamt wird, namentlich von britischer Seite, in Zeitungen und Zeitschriften immer wieder der Vorwurf gemacht, daß es die Regelung der deutschen Schulden geflissentlich verzögere, indem es die angemeldeten Forderungen willkürlich bestreite und die Gutschrift vom Schuldner anerkannter Beträge ungebührlich lange zurückhalte.

Dieser Vorwurf ist durchaus nicht gerechtfertigt. Wie die feindlichen Gläubiger, so haben auch die deutschen Gläubiger wohl Grund, darüber zu klagen, daß die Begleichung ihrer Forderungen erheblich mehr Zeit in Anspruch nimmt, als aus wirtschaftlichen Gründen wünschenswert wäre. So ist z. B. dem Reichsausgleichsamt in zahlreichen Fällen von deutschen Gläubigern nachgewiesen worden, daß ihre gegen britische Schuldner gerichteten Forderungen, die von dem britischen Ausgleichsamt dem Reichsausgleichsamt noch nicht gutgeschrieben, in manchen Fällen vom britischen Ausgleichsamt sogar ausdrücklich bestritten worden sind, von dem britischen Schuldner längst an das britische Amt bezahlt worden waren und infolgedessen nach dem Friedensvertrag schon lange hätten gutgeschrieben werden müssen.

Wie dieses Beispiel zeigt, kommen Verzögerungen bei der Regelung der Verbindlichkeiten im Ausgleichsverfahren auf beiden Seiten vor. Um so unbegründeter sind die von ausländischer Seite deswegen gegen das Reichsausgleichsamt oder die deutschen Schuldner deswegen erhobenen Vorwürfe. Die Hauptursache für diese Uebelstände ist in der Umständlichkeit und Sinnwidrigkeit des uns durch den Friedensvertrag aufgezwungenen Ausgleichsverfahrens zu suchen, das sich wegen der mit ihm verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten auf keiner Seite ohne jede Reibung durchführen läßt.

Um Rußlands Anerkennung.

London, 13. Mai. (W. T. B.) Bei der gestern erfolgten Verhandlung des Appellationshofes in der Frage, ob die englischen Gerichte verpflichtet sind, Verfügungen der russischen Räteregierung, durch die das Eigentum russischer Untertanen beschlagnahmt würde, anzuerkennen, wurden mehrere Schreiben des Auswärtigen Amtes vom April 1921 verlesen, die dem Gericht als Beweismaterial vorgelegt wurden. Aus ihnen geht hervor, daß die britische Regierung die Sowjetregierung als de facto-Regierung Rußlands anerkannt hat. Das Gericht war daher der Ansicht, daß es nach diesen Schreiben die russische Räteregierung als souveräne Macht behandeln müsse.

Während „Daily News“ dem Rechtsspruch zustimmt und darin die Beseitigung des letzten Hindernisses für das freie Wirken des auf Grund des Handelsabkommens vorgesehenen Handels zwischen England und Rußland erblickt, erklärt „Morning Post“, Lord Curzon habe sich in die Herstellung von Beziehungen gefügt, die die britische Regierung beschmutzten. Die britische Regierung habe vorsätzlich den Handel mit gestohlenen Gütern legalisiert.

Serbisch-kroatisch-slowenisches Königreich.

Belgrad, 12. Mai. (W. T. B.) Die verfassunggebende Versammlung hat mit 227 gegen 93 Stimmen im Prinzip die Bildung eines serbisch-kroatisch-slowenischen Königreichs angenommen.

Oberschlesier bei der italienischen und englischen Botschaft.

Bei der italienischen und englischen Botschaft in Berlin wurde eine Deputation Reichsoberschlesier mit dem Pfarrer Schiwy aus Spandau an der Spitze wegen der Vorgänge in Oberschlesien vorstellig. Ein Flüchtling aus Oberschlesien hatte sich der Deputation angeschlossen. In unzweideutiger Form wurde auf die Schutzlosigkeit der deutschen Bevölkerung gegenüber den Insurgentenbanden als Folge der Parteinahme der Franzosen für Polen hingewiesen und um schleunigste Abhilfe, wenn möglich, um Verstärkung der italienischen und englischen Truppen dringend gebeten. Deutlich wurde erklärt, daß die Deutschen sich nicht beruhigen würden, bis nach Recht und Gerechtigkeit verfahren wird. Von Italien und England erwarte man das mit Bestimmtheit, während man Frankreich gegenüber auch den letzten Rest von Vertrauen verloren habe. Die Vertreter der beiden Mächte nahmen diese Erklärung mit gespanntem Interesse entgegen und gaben der Deputation Zusicherungen.

Der polnische Gesandte in Berlin.

L. Vor einiger Zeit tauchte die Meldung auf, daß zum polnischen Gesandten in Berlin Lednizky ausersehen ist, der früher ein bekannter Rechtsanwalt in Moskau war, wo er sich als Mitglied der russischen Kadettenpartei betätigte und in der ersten Reichsduma Abgeordneter war. **Wie jetzt aber aus Warschau gemeldet wird, dementierte Lednizky im Gespräch mit Zeitungsvertretern diese Meldung.**

Polnische Greuelpropaganda.

Oppeln, 13. Mai. (W. T. B.) **Die polnischen Aufrührer bedienen sich nach wie vor der amtlichen polnischen Funkenstationen, um mit deren Hilfe Verleumdungen gegen die schwer bedrohten Deutschen in Oberschlesien zu verbreiten. So wird in einem Warschauer Funkspruch gemeldet, daß die verwundeten polnischen Aufrührer von den Deutschen getötet würden.**